

europa erleben, verstehen und gestalten. europaweit und überparteilich.

-- Statement anlässlich der Beratungen zur Konferenz zur Zukunft Europas im Rat der EU --

Die Zukunftskonferenz darf keine Zuhör-Übung sein. Auch Änderungen an den EU-Verträgen müssen diskutiert werden.

*Morgen beraten die Europaminister der EU-Mitgliedstaaten über die Pläne zur Konferenz zur Zukunft Europas. **Vor den Beratungen appellieren wir an die Ministerinnen und Minister:** Die Zukunftskonferenz muss der europaweite Aufbruch für die europäische Demokratie und Weiterentwicklung der EU sein. Sie darf keine "Zuhör-Übung" sein. Sie muss vielmehr der Moment sein, in dem die Mitgliedstaaten der EU **mutig** sind, Bürgerinnen und Bürgern endlich eine **gewichtige Mitentscheidungsmöglichkeit** über die europäische Zukunft zu geben. Die Ergebnisse der Konferenz müssen daher auch verbindlich als **Gesetzgebungsvorschläge** in den EU-Gesetzgebungsprozess einfließen. Tiefgreifende **Änderungen an den EU-Verträgen** und **institutionelle Fragen**, wie ein echtes europäische Wahlrecht, dürfen nicht von den Beratungen ausgeschlossen sein. Das Europäische Parlament hat mit seinen Vorschlägen vorgelegt. **Jetzt müssen die Nationalstaaten mitziehen.***

Berlin, 27. Januar 2020

Wenn morgen der Rat der Europäischen Union für Allgemeine Angelegenheiten zusammen kommt, beraten die Ministerinnen und Minister der nationalen Regierungen über die **Vorschläge des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission zur Konferenz zur Zukunft Europas.**

Nach dem Willen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollen in diesem Großprojekt über zwei Jahre zwischen Politik und Zivilgesellschaft die zentralen Fragen zukünftiger europäischer Politik diskutiert werden. Während der Konferenz, die bereits im Mai beginnen und über zwei Jahre andauern soll, sollen Bürgerinnen und Bürger dauerhaft eingebunden sein, beispielsweise durch Diskussionsplattformen, Bürger- und Jugendräte.

"Noch ist Vieles unklar, aber feststeht: Die Zukunftskonferenz wird das neue große Projekt für Bürgerbeteiligung und Weiterentwicklung der EU. Nach dem Parlament und der Kommission dürfen

deshalb nun auch die Regierungen der Mitgliedstaaten der EU keinen Zweifel daran lassen, dass ihnen dabei eine **souveräne Europäische Union und eine echte Bürgerbeteiligung** ein großes Anliegen sind. Eine **deutliche Abschwächung der sinnvollen Vorschläge des Parlaments wäre ein fatales Signal, gerade an junge Menschen in Europa**", appelliert Malte Steuber, Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland, an die nationalen Regierungen.

Ursula von der Leyen hat in der Vorstellung des Projekts deutlich gemacht, sie wolle, dass Bürgerinnen und Bürger in Europa eine "führende, eine aktive Rolle" bei der Festlegung der Prioritäten für die Zukunft Europas spielen. Die Konferenz solle ein Schub für die europäische Demokratie sein.

"Wir warnen deshalb vor dem Effekt, dass sich gerade junge Europäerinnen und Europäer, die sich seit der Europawahl für Europa engagieren, von der europäischen Demokratie entfernen, falls die Konferenz trotz der geäußerten Absichten zu Bürgerbeteiligung und inhaltlicher Ausrichtung eher eine Zuhör-Übung wird. Was Europas jetzt nicht braucht, ist ein Konflikt zwischen Nationalstaaten, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission über dieses Zukunftsprojekt. Es ist an der Zeit, dass die Nationalstaaten sich trauen und den Weg frei machen für echte, mutige und nötige Reformen für eine souveräne, handlungsfähige Europäischen Union im neuen Jahrzehnt."

Die durch Bürgerinnen und Bürger **erarbeiteten Positionen und Empfehlungen müssen deshalb auch verbindlich in die Konferenz** selbst und dann durch sie verbindlich in den europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen. Dies wird nicht nur die Legitimation und Ernsthaftigkeit der gesamten Konferenz fördern, sondern auch den Willen der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an ihr. Es sollte festgeschrieben werden, dass die Kommission aus den finalen Empfehlungen **Gesetzesvorschläge** erarbeitet und einbringt.

Um die großen Fragen der europäischen Zukunft zu diskutieren, sollte die Konferenz ein Mandat bekommen, am Ende auch **Vertragsänderungen** vorschlagen zu können. Dazu gehören in jedem Falle **institutionelle Reformen**, und damit allen voran ein echtes **europäisches Wahlrecht**, das bei der Europawahl mit dem gescheiterten Spitzenkandidaten-Prinzip so nötig gewesen. Fehlen dürfen zudem nicht **weitere zentrale Themen**: ein zukunftsgerechter europäischer Haushalt,

Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einigen europäischen Ländern, die europäische Antwort auf den Klimawandel, ein starkes und gemeinsames außenpolitisches Auftreten in einer Welt, die zunehmend von Autokraten geprägt wird, Lösungen für die sozialen Ungleichheiten in Europa, die europäische Asyl- und Migrationspolitik und die tiefgreifenden Veränderungen im Leben der Menschen auf dem Land und in der Stadt durch Digitalisierung und Globalisierung. Ohne Vertragsveränderungen wird das nicht gehen.

Leonie Martin, Präsidentin des Europaverbands der JEF, die in mehr als 30 Ländern aktiv ist, unterstreicht die **Erwartungen, die auch in Brüssel an die Konferenz gestellt werden**: *“For too long we, European citizens, have been sidelined or only cosmetically “consulted” in discussions over the future of European integration. Those times are over.”* Die Konferenz muss die **Vielfalt der europäischen Zivilgesellschaft** einbinden. Es sollte allen Menschen in Europa offen stehen, sich zu beteiligen. Die Beteiligung sollten vor **innovativen Formaten** nicht zurückschrecken und immer das Ziel haben, Beteiligung möglichst niedrigschwellig zu ermöglichen. **Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden**, in denen sich Millionen Menschen organisieren und die die europäische Demokratie seit Jahren tragen, sollten ebenso Berücksichtigung finden, wie eine **repräsentative Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern über Losverfahren**. Wir unterstützen zudem sehr den Vorschlag der Kommission, **multilinguale und digitale Tools** während der gesamten Laufzeit der Konferenz einzusetzen.

Mehr Informationen über JEF Deutschland e.V.:

Die Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland sind eine überparteiliche Jugendorganisation mit Mitgliedern zwischen 16 und 35 Jahren, 100 lokalen Gruppen in Deutschland und 13.000 Mitgliedern in mehr als 30 Ländern. Der Verband setzt sich seit 70 Jahren für die Vereinigten Staaten von Europa ein, fordert mehr europäische Zusammenarbeit und fördert europäische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit sowie die Achtung der Menschenrechte. JEF setzt sich für eine aktivere Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben und in der Politik ein. Die JEF Deutschland wurden 1949 gegründet und damit die älteste pro-europäische und einzige föderalistische Jugendorganisation in Deutschland.

+++

Pressekontakt Bundesverband

JEF Deutschland e.V.
Bundessekretariat

Sophienstraße 28/29
10178 Berlin

+49 (0)30 97894181
info@jef.de

Pressekontakt Europaverband

JEF Europe
Secretariat
Square de Meeûs 25
1000 Brussels

info@jef.eu